

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift:
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 32.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 196.

Mittwoch, 23. August 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Sachsens Arbeitsbeschleunigungsplan

Finanzminister Kampfs zum Staatshaushaltsplan 1933 — Einzelheiten des Arbeitsbeschleunigungsplanes — Arbeit für 45000 Mann

Sächsischer Landtag.

Der wichtige Landtag trat am Dienstagmittag zu einer Sitzung zusammen, die zunächst der Beratung des Rechnungsjahres über den Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933 galt. Das Haus beschloß die sofortige Schlussberatung. Abg. Kunz erstattete den Bericht und ging nochmals kurz auf den Haushaltsplan 1931 ein. Sein Vorschlag, der Regierung Entlastung zu erteilen, fand einstimmige Annahme.

Finanzminister Kampfs

wies zunächst darauf hin, daß der Landtag den Staatshaushaltsplan diesmal lediglich zur Kenntnis zu nehmen habe, da er auf Grund des Ermächtigungsgesetzes bereits Gelegemorden sei. Die Regierung wolle aber die Grundlagen des Etats erläutern und bei dieser Gelegenheit dem Landtag und dem gesamten Volk einen Ueberblick über den Stand der Finanzen des Sächsischen Staates geben. Die Regierung habe im wesentlichen den bereits in seinen Grundzügen festgestellten Etat von ihrer Vorgängerin übernehmen müssen, um eine weitere Verzögerung in der Vorlage zu vermeiden; sie habe daher nur diejenigen Veränderungen in den Etat hineinarbeiten können, die ihr als unumgänglich notwendig erschienen seien.

Die Finanzlage des Staates sei ernst, aber gesichert. Die Regierung tue alles, um die steuerlichen Lasten auf möglichst niedrigem Stand zu halten und die Lage des Volkes dadurch zu bessern, daß sie mit allen Mitteln den Arbeitslosen Arbeit verschaffe.

Der Minister wies auf die Schwierigkeiten, die einem Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben entgegenstünden, hin und kam auf die Kaufpreiserhöhung für die Abtretung der sächsischen Staatsbahnen auf das Reich zu sprechen. Nach Darlegung der Rechtslage erklärte der Minister, daß es nicht angebracht ersehe, die Streitfrage auf dem Klagenwege weiterzutreiben; es sollten vielmehr erneut Verhandlungen mit der Reichsregierung eingeleitet werden. Nur bei deren Scheitern werde man allerdings darauf zurückkommen müssen, den Staatsgerichtshof erneut in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls gehe es nicht an, daß das Reich gerade Sachsen benachteilige, nachdem es den süddeutschen Staaten vor kurzem sehr beachtliche Beträge auf ihre Postabfindungsansprüche gezahlt habe.

Der vorliegende Haushaltsplan enthalte hinsichtlich der Höhe der eingezeichneten Steuererträge und der veranschlagten Gewinne der Staatsbetriebe gewisse Gefahrenpunkte. Auch hätten verschiedene notwendige Ausgaben (für das Geheimen Staatspolizeiamt, das Landesverwaltungsamt, das Justizamt usw.) im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigt werden können. Die Regierung hoffe jedoch, daß es möglich sein werde, etwaige Einnahmeausfälle und Mehrausgaben ausgleichen zu können. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werde auch den Staatsfinanzen zugutekommen.

Der Minister ging auf die voraussichtliche Höhe der Reichsteuerüberweisungen und das Aufkommen aus den Landessteuern ein. Man hoffe, die Beträge nicht zu hoch eingeleitet zu haben. Die Frage einer Warensteuer und einer Fiktivsteuer in Sachsen werde erst in den nächsten Tagen entschieden werden. Das gleiche gelte für die Frage, welcher Einheitswert der Veranlagung der Grundsteuer für das Jahr 1933 zugrundegelegt werde. Die Regierung habe auf die Schlichte Steuer und auf den Zuschlag leider nicht verzichten können, da ein Ausfall von 19 Millionen RM auf andere Weise nicht habe ausgeglichen werden können. Bei der Aufwertung der Steuer habe die Regierung versucht, unbillige Härten nach Möglichkeit auszuschließen. Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auf die Beratungen vom Rat, Juni und Juli ds. J. Auch bei den übrigen Landessteuern seien verschiedene schwerliche Erleichterungen geschaffen worden.

Der Anteil der Landessteuern an Gesamteinkommen betrage heute 58,7 Prozent gegenüber 40,7 Prozent im Jahre 1930. Das liege an dem katastrophalen Anstieg an Reichsteuerüberweisungen, die heute nur noch 86 Millionen RM betragen, gegenüber 218 Millionen im Jahre 1930.

Der Schuldenstand sei in den letzten Jahren leider dauernd gestiegen. Infolge der Umwandlung eines erheblichen Teiles der kurzfristigen Schulden sei jetzt eine

gewisse Konsolidierung eingetreten; doch bleibe die Umwandlung der schwebenden Schulden in langfristige Tilgungsschulden eine dringende Aufgabe der Regierung.

Zum Außerordentlichen Staatshaushalt übergehend wies der Minister darauf hin, daß nur solche Mittel angefordert seien, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fördern und dadurch die ungeheure Not lindern sollten. Sachsen habe an der von der Reichsregierung eingeleiteten Arbeitsbeschleunigung seiner weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit das allergrößte Interesse. Da Sachsen als Industrieland mit der Weltwirtschaft besonders eng verflochten sei, werde ihm ganz besonders geholfen werden müssen. Die Ausfuhr sei im weitesten Maß von der Weltstellung Deutschlands abhängig und somit eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Bis auf weiteres müsse der Blick auch in Sachsen auf die Stärkung des Binnenmarktes gerichtet sein. Diese Aufgabe begegne großen Schwierigkeiten, da ländliche Siedlung, Urbarmachung von Oebländereien in Sachsen nur in geringem Umfang in Frage kommen. Es werde also außerordentlicher Anstrengungen und besonders gearteter Unternehmungen bedürfen, um auf dem sächsischen Arbeitsmarkt eine durchgreifende Entlastung eintreten zu lassen. Die öffentliche Hand allein werde das nicht erreichen können. Die Sächsische Regierung werde jedoch mit aller Kraft mit Hilfe des Reiches an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Sachsen mitarbeiten. Beachtliche Erfolge seien bereits erzielt worden.

Einzelheiten des Arbeitsbeschleunigungsplanes

Der Minister erläuterte die bereits eingeleiteten oder bevorstehenden Maßnahmen im einzelnen, wobei er insbesondere die Bedeutung der Straßenbauten hervorhob. Die gesamten zusätzlichen Straßen- und Brückenbauten, einschließlich der von den Bezirksverbänden und Städten durchgeführten, erforderten 22 Millionen RM.

Der Straßen- und Wasserbau in Sachsen könne rund 11 000 Arbeitern nahezu ein Jahr Arbeit und Brot geben.

Hierzu kämen die Arbeiten auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1930, wodurch in wenigen Wochen weitere 16 000 Arbeiter Arbeit erhalten würden.

Durch die Instandsetzungsarbeiten an staatlichen Hochbauten auf Grund desselben Gesetzes würden in Sachsen

etwa 3000 Bauhandwerker ein halbes Jahr Beschäftigung finden.

Alle Arbeiten seien möglichst gleichmäßig auf das ganze Land verteilt worden.

Darüber hinaus müsse versucht werden, an weitere Aufgaben besonders großen Ausmaßes heranzugehen.

Auf dem Gebiet des Wasserbaues komme hier die Gründung von sogenannten Flußwasser-Reinhaltegenossenschaften, der Bau des Elster-Saale-Kanals und der Bau eines Wasserbeckens unterhalb Pirnas, das der Aufhöhung des Niedrigwasserstandes der Elbe dienen solle, in Frage. Die Vorarbeiten des vor wenigen Jahren gegründeten Wasserwirtschaftszweckverbandes in Chemnitz seien heute so weit gediehen, daß das Finanzministerium in Kürze einen Gesetzentwurf für die Bildung einer Wasserreinhaltegenossenschaft für die Gebiete der Zwickauer, der Freiburger und der Vereinigten Mulde dem Gesamtministerium werde zuleiten können. Die Gründung einer ähnlichen Genossenschaft für das Flußgebiet der Weichen Elster mit Pleiße und Luppe hoffe man demnächst bewerkstelligen zu können. Man werde bereits jetzt Mittel zur Ausführung von Bauten aus dem Aufgabekreis der künftigen Reinhaltegenossenschaft vom Reich erbitten, wobei es sich um umfangreiche Regelung der Weichen Elster, um den Bau von Staueisen in der Elster im Vogtland und den flussabwärts gelegenen Gebieten, in der Pleiße oberhalb Leipzig, um die Erweiterung, Umgestaltung oder den Neubau der Kläranlagen von Plauen i. V. usw. handle.

Baubeginn am Südfügel des Mittellandkanals

Es ist der Regierung gelungen, zu erreichen, daß auch die Arbeiten an dem sogenannten Südfügel des Mittellandkanals in Angriff genommen würden. Die Arbeiten würden zunächst auf der Teilstrecke Dölzig-Weipzig in Angriff genommen werden. Bei den Arbeiten auf der sächsischen Teilstrecke, die bereits ausgeschrieben worden seien, würden in Kürze

mindestens 15 000 Erwerbslose für drei Jahre Arbeit finden.

Riesentanke in der Elbe unterhalb Pirnas

Die Regierung hoffe auch, daß es möglich sein werde, die Anlage eines gewaltigen Sammelbeckens am rechten Ufer der Elbe kurz unterhalb von Pirna zu finanzieren. Beim Reichsverkehrsministerium sei der Bau, der einen außerordentlich großen volkswirtschaftlichen Wert besitze und sich sehr gut in das neue Arbeitsbeschleunigungsprogramm der Reichsregierung einpasse, bereits beantragt worden. Der Inhalt des Beckens solle dazu dienen, der Elbe bei niedrigem Wasserstand Zuschußwasser zuzuführen und dadurch die Leistungsfähigkeit der Elbe als Wasserstraße zu steigern.

Dieser Bau würde 10 000 Arbeitern für drei Jahre Arbeitsgelegenheit geben.

Der Staueise solle ein Fassungsvermögen von 80 bis 100 Millionen Kubikmeter erhalten. Er solle in seiner größten Ausdehnung eine Länge von 3,6 und eine Breite von 2,3 Kilometer besitzen.

Treibstoffe aus sächsischen Braunkohlen

Auf bergwirtschaftlichem Gebiet sei eine Anlage zur Herstellung von Treibstoffen, insbesondere von Benzin aus Braunkohlen, in Böhlen geplant. Die technischen Voraussetzungen für die geplante Produktion seien vorhanden. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sei ein Erfolg für die Praxis verbürgt. Die Anlage in Böhlen solle auf eine jährliche Produktion von 15 000 Tonnen Treibstoffe eingerichtet werden. Die Kohlenvorräte Böhlens reichten für viele Jahrzehnte aus. Durch die Schaffung dieser Produktionsstätte würde die Einfuhr entsprechender ausländischer Erzeugnisse entbehrlich gemacht. Die Anlage in Böhlen werde 5 Millionen RM kosten. Man hoffe, daß die Reichsregierung den Betrag zur Verfügung stellen werde. Auch hier werde eine große Anzahl von Arbeitern für längere Dauer Arbeit und Brot finden können.

Sachsens Erzbergbau soll wieder blühen

Schließlich erstrebe die Regierung noch die Wiederaufnahme und Neubebauung des einst blühenden sächsischen Erzbergbaues. Vom Reichswirtschaftsministerium seien zu diesem Zweck 4,5 Millionen RM als verlorener Zuschuß erbeten worden. Die Wiederaufnahme des sächsischen Erzbergbaues verbürge die nationale Sicherheit und zum Teil die Unabhängigkeit von überseeischer Einfuhr, mache Devisen frei und gebe einem besonders schwer notleidenden Gebiet wieder Arbeitsmöglichkeiten.

Der Minister kam weiter auf die von der Aktiengesellschaft Sächsische Werke geplanten Arbeiten zu sprechen. Für Neuanlagen und Erneuerungen seien für 1933 rund 5,7 Millionen RM vorgelesen. Auch bei den Lodtbergwerken der AEW sei für die Beschaffung von Arbeit Sorge getragen worden.

Arbeit für vorerst 45000 Mann

Insgesamt würden durch die vom Staat mittelbar oder unmittelbar zu vergebenden Aufträge rund 45 000 Mann, ungerchnet der zahlreichen Arbeitskräfte, die bei den Lieferanten Beschäftigung finden, wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden.

Reichshilfe ist unbedingt erforderlich

Zur Frage der Finanzierung der dargelegten Pläne übergehend, erklärte der Minister, daß der Anteil des Staates an den Straßenbauten rund 6 Millionen RM betrage, die von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zur Verfügung gestellt worden seien; sie seien in längeren Zeiträumen bis zu zwanzig Jahren zu tilgen. Die Tilgungsbeträge und Zinsen für die ersten Jahre trage das Reich. Infolge dieser Art der Finanzierung könnten im laufenden Jahr Straßenbauten im Wert von rund 8,5 Millionen RM ausgeführt werden. Zur Finanzierung weiterer Straßenbauten sollten noch vorhandene Ausgabevorbehalte verwendet werden.

Der in den Außerordentlichen Staatshaushalt eingeleitete Betrag von 5,4 Millionen RM für staatliche Hochbauten müsse in den nächsten fünf Jahren in gleichen Jahresraten zurückgezahlt werden. Die verschiedenen Wasserbauten seien Sache von Genossenschaften und Gemeinden. Der Staat zahle lediglich für etwa 25 Jahre lang jährlich 600 000 RM als Beteiligungsbeitrag für Verzinsung und Tilgung von Reichsdar-